

## Anlage 2

Klimanotstand in Altona ausrufen! Klimaschutz im Bezirk durchsetzen – Jetzt!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Die Arktis brennt. Sonst ein normaler Vorgang – aber in dieser Größe und Heftigkeit nicht mehr. Brände in der Größe von 100.000 Fußballfeldern haben allein im Juni 50 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> – der Jahresausstoß von Schweden – emittiert und haben somit die dortigen Juni-Emissionen der vergangenen acht Jahre zusammen überstiegen. Diese zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen sorgen dafür, dass wir jetzt handeln müssen und unverzüglich Klimaschutz auch vor Ort umsetzen. Die Konzentration von Klimagasen nimmt von Jahr zu Jahr zu. Maßnahmen, dem Klimawandel entgegenzuwirken, haben nichts bewirkt. Ergebnis auch der weltweit wachsenden Wirtschaft. Die Wissenschaft prognostiziert verheerende Folgen für die menschliche Zivilisation und die Natur auf der Erde. Es ist dringend erforderlich, jetzt auf allen Ebenen von Gesellschaft und Politik effiziente und konsequente Maßnahmen zu ergreifen, um die Klimakatastrophe noch aufzuhalten. Weltweit

haben Kommunen wie Los Angeles, Vancouver, London und Basel sowie in Deutschland die Städte Konstanz, Erlangen, Kiel und Münster bereits den Klimanotstand ausgerufen und damit ein Signal gesetzt: Es ist Zeit zu handeln! Mit der Ausrufung des Klimanotstandes ist auch eine Verantwortung zu Handeln verbunden – in den kommenden Haushaltsberatungen sind die Bezirksversammlung und das Bezirksamt aufgefordert, schnelle und wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz zu ergreifen. Resolution zur Ausrufung des climate Emergency (Klimanotstand):

Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre von 280 Anteilen pro Million (ppm) auf 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren. Bereits 1,5 °C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Der Klimawandel ist also nicht bloß ein Klimaproblem: Er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Tierschutz- und Friedensproblem, insbesondere aber auch ein soziales Problem, denn die negativen Auswirkungen des Klimawandels betreffen ohnehin schon Benachteiligte besonders hart. Nach einem Bericht, den der Weltklimarat auf der Grundlage von hunderten Studien im Herbst 2018 veröffentlichte, erfordert eine wirksame Begrenzung der globalen Erwärmung schnelle, weitreichende und beispiellose Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft.

Vor allem aber ist eine radikale Wende in den Bereichen Energie, Verkehr und Landwirtschaft notwendig und unumgänglich. Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems allein durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene griffige strukturelle Maßnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus, um die Erwärmung bis 2036 auf die angestrebten 1,5 °C zu begrenzen. Deshalb ist es wichtig, schnell zu handeln. Vor dem Hintergrund, dass Kommunen eine zentrale Rolle beim Klimaschutz spielen, erklärt auch der Bezirk Altona den Climate Emergency und erkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe höchster Priorität an: Der Bezirk Altona wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei allen Entscheidungen als Maßstäbe anerkennen und dabei nur Lösungen bevorzugen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz sowie Generationen-, soziale und internationale Gerechtigkeit auswirken. Der Bezirk orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on

## Anlage 2

Climate Change (IPCC), insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen. Der Bezirk Altona fordert von der Bundesregierung die Einführung eines Klimaschutzgesetzes, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz hat sicherzustellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und dass das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland spätestens bis zum Jahr 2036 vollständig erreicht wird.

Der Bezirk Altona fordert, dass die Bundesregierung und der Senat umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informieren.

Die Bezirksversammlung beschließt gemäß § 19 (2) BezVG:

1. Der Klimanotstand für Altona wird ausgerufen.

Die Eindämmung der menschengemachten Klimakrise in der bezirklichen Politik und die Entwicklung hin zu einem klimaneutralen Bezirk besitzen höchste Priorität und bei allen Entscheidungen des Bezirks wird immer die Klimaverträglichkeit eines Vorhabens geprüft und ist die Umsetzung dessen unverzüglich sicherzustellen. Das heißt **unter anderem** im Konkreten:

- a. Keine weitere Verdichtung und Versiegelung insbesondere im Kerngebiet.
- b. Bestehende Kleingärten, öffentliche Grün- und Parkanlagen sind zu erhalten und möglichst auszubauen. Dach- und Fassadenbegrünungen sind als zusätzliche Klimaanpassung zu verstehen. Die Begrünung von grauen Blockinnenhöfen muss zeitnah gefördert werden.
- c. Erhalt und Ausbau des Volksparks und der Feldmarken. Keine schleichende grünvernichtende Kommerzialisierung mehr (weder im Volkspark noch im Klövensteen noch anderswo).
- d. Baumfällungen auf öffentlichem Grund nur bei eindeutiger Gefahr der Verkehrssicherheit und bei gleichwertigem zeit- und ortsnahen Bauersatz.
- e. Das Verhältnis zwischen gefällten und nachgepflanzten Bäumen auf öffentlichem und privatem Grund muss verpflichtend mindestens 1:1 betragen. Auch auf privatem Grund darf es dabei im Rahmen einer CO<sub>2</sub>- Bilanz zu keinem Grünvolumenverlust mehr kommen. Ersatzzahlungen sind dementsprechend adäquat einzusetzen.
- f. Einführung einer Baumkaution (bzw. Ersatzpflanzungskautions) zur besseren Kontrolle der Umsetzung von Ersatzpflanzungsaufgaben auf privatem Grund.
- g. Nutzung von Baulücken als möglichst ökologisch ausgerichtete „Westentaschenparks“.
- h. Mit der Umsetzung des Maßnahmenkatalogs des integrierten Klimaschutzkonzeptes Altona muss noch dieses Jahr konsequent und sofort begonnen werden.
- i. Die Erstellung des Klimaschutzteilkonzeptes Gewerbegebiet Schnackenburgallee/ Gewerbe wird noch dieses Jahr erstellt.
- j. Die Erstellung des Klimaschutzteilkonzeptes Integrierte Mobilität wird noch dieses Jahr initiiert.
- k. Es wird ein Klimabeirat konstituiert, der monatlich tagt. Dem Hauptausschuss wird halbjährlich Bericht erstattet.

## Anlage 2

- I. Kinder und Jugendliche sind im Klimabeirat sowie bei der Erstellung von Konzepten zu beteiligen.
2. Im Rahmen der Beschaffung beachtet das Bezirksamt ökologische Kriterien, insbesondere die Auswirkungen auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz.
3. Das Bezirksamt berichtet dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz laufend zur Umsetzung.

Die Bezirksversammlung beschließt gemäß § 27 BezVG:

4. Wir fordern den Senat sowie die beteiligten Fachbehörden auf, ein Klimaschutzgesetz einzuführen, dessen Maßnahmen an den Verpflichtungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz soll erreichen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und das Ziel der Klimaneutralität Hamburgs spätestens bis zum Jahr 2035 erreicht werden kann.
  - einen Plan vorzulegen, wie die Energieversorgung Hamburgs schnellstmöglich klimaneutral wird und
  - über Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels auf Altona sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, umfassend zu informieren.
5. Wir fordern den Senat sowie die beteiligten Fachbehörden in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb für Geoinformationen und Vermessung ein Online-Portal einzurichten, auf dem alle übergeordneten Klimaschutz-Projekte Hamburgs dargestellt werden. Die Emissionen klimawirksamer Gase der Stadt sollen jährlich überschlägig ermittelt und die eingesparten Emissionen grafisch dargestellt werden.
6. Wir fordern den Senat sowie die beteiligten Fachbehörden auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,
  - Steuervergünstigungen für fossile Energieträger schnellstmöglich zu streichen, um den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger zu beschleunigen,
  - die Entwicklung und Nutzung von erneuerbaren Energien **als prioritäre Aufgabe** durch Anreize und Förderung **erheblich** zu verstärken.
7. Wir fordern die beteiligten Fachbehörden auf, die Stadtbahn als neues schienengebundenes öffentliches Verkehrsmittel zur Anbindung der Außenbezirke unter besonderer Beachtung der Klimaauswirkungen aufgrund einer zügigen Verkehrsverlagerung auf den ÖPNV, der Bauzeit sowie der Kosten zu prüfen und das Ergebnis der Prüfung dem Verkehrsausschuss und dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz in einer gemeinsamen Sitzung vorzustellen.
8. Wir fordern die Behörde für Umwelt und Energie auf, dass Kreuzfahrtschiffe und Containerschiffe nur Landstrom nutzen dürfen.
9. Wir fordern die Behörde für Umwelt und Energie auf, dass Landstrom nur aus erneuerbaren Energien gespeist werden soll.

## Anlage 2

10. Wir fordern den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Bundesrepublik Deutschland die Ziele des Pariser Abkommens einhält.

11. Klimaschutz gelingt gemeinsam. Wir fordern daher den Senat sowie die beteiligten Fachbehörden auf die Klimakrise mittels einer Resolution als Klimanotstand anzuerkennen. Der Senat übermittelt diese Aufforderung seinerseits als Empfehlung an die anderen Hamburger Bezirksversammlungen sowie an Städte und Gemeinden der Metropolregion Hamburg.



# Freie und Hansestadt Hamburg

## Bezirksversammlung Altona

Drucksachen–Nr.: 21-0123.1

### Antrag öffentlich

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz	14.10.2019

### **Weltweiter Klimanotstand: Altona wird Klimaschutz-Bezirk Alternativantrag der Fraktionen von GRÜNE und CDU zur Drucksache 21-0123 (NEUFASSUNG)**

Auf der Erde besteht eine akute Gefahr einer katastrophalen Klimaerhitzung und damit eine Gefahr für das Leben der Menschen. Die bislang global und lokal geplanten Maßnahmen reichen nicht aus, um den Temperaturanstieg auf deutlich unter 2 Grad Celsius, möglichst auf 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Bei einer Überschreitung dieser Werte droht die Klimaerhitzung durch das Erreichen kritischer Kippunkte zu einem sich selbst verstärkenden Prozess zu werden, in dessen Folge weite Teile der Erde für Menschen unbewohnbar zu werden drohen. Nationen, Städte, Kommunen, Gewerbe und Zivilgesellschaft müssen die Dramatik der Klima-Erhitzung anerkennen und das Menschenmögliche tun, um die Emission von klimawirksamen Gasen in kürzester Zeit erheblich zu reduzieren. Nur durch schnelles und wohlüberlegtes Handeln können wir die Gefahren abmildern. Mit der Anerkennung des globalen Klimanotstands wird die Dringlichkeit des gemeinsamen Handelns verdeutlicht. Wir müssen deshalb unverzüglich lokal handeln.

Der Bezirk Altona hat die Dringlichkeit erkannt und 2018 unter breiter Bürgerbeteiligung das Integrierte Klimaschutzkonzept Altona erarbeitet und am 08.01.2019 fertiggestellt. Mit zahlreichen Maßnahmen soll der Klimaschutz auf bezirklicher Ebene umgesetzt werden und übergeordnete wirksame Klimaschutzmaßnahmen eingefordert werden. Außerdem wird der Bezirk alles tun, um die Folgen der bereits unvermeidlich gewordenen Klimaerwärmung für die Menschen in Altona abzumildern. Schließlich sollen Gewerbe und Zivilgesellschaft vernetzt und motiviert werden, um sich mit eigenen Maßnahmen an der Umsetzung zu beteiligen.

**Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt der Bezirksversammlung Altona:**

#### Resolution zur Klimakrise

**Die Bezirksversammlung beschließt gemäß § 19 (2) BezVG:**

- 1. Der Bezirk Altona stellt fest, dass wir uns in einer globalen Klimakrise, einem Klimanotstand befinden, und das Menschenmögliche tun müssen, um die Emission von klimawirksamen Gasen (insbesondere CO<sub>2</sub>, Methan, Lachgas) schnellstmöglich zu reduzieren. Der Bezirk Altona erkennt damit die Abmilderung des Klimawandels als Aufgabe höchster Priorität an.**

## Anlage 2

2. Altona wird Klimaschutz-Bezirk und ruft alle bezirklichen, gewerblichen und privaten Akteure auf, die Auswirkungen ihres Handelns auf das Klima zu überprüfen und unverzüglich wirksame Maßnahmen zur Reduzierung der Emission klimawirksamer Gase (insbesondere CO<sub>2</sub>, Methan, Lachgas) zu ergreifen.
3. Der Bezirk verpflichtet sich, alle geplanten baulichen Maßnahmen des Bezirks zu überprüfen hinsichtlich ihrer Auswirkungen aufs Klima. Das Bezirksamt Altona und die Bezirksversammlung Altona bevorzugen Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken.
4. Im Rahmen der Beschaffung beachtet das Bezirksamt ökologische Kriterien, insbesondere die Auswirkungen auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz.
5. Das Bezirksamt stellt bei sämtlichen klimarelevanten Beschlussvorlagen die jeweilige Auswirkung in den zuständigen Fachausschüssen dar. Dies gilt insbesondere bei der Erstellung von Bebauungsplänen.
6. Das integrierte Klimaschutzkonzept des Bezirks bildet die Basis für die Arbeit auf bezirklicher Ebene. Alle Beteiligten wirken mit, um das Klimaschutzkonzept bekannt zu machen und weiter zu entwickeln. Das Bezirksamt Altona überprüft den Klimaschutzplan spätestens und wiederkehrend nach 2,5 Jahre und passt diesen in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz an.
7. Der Bezirk Altona unternimmt große Anstrengungen, um die grüne Lunge unseres Bezirks weiter zu entwickeln. Dazu soll im Ausschuss für Grün, Naturschutz und Sport ein Programm „Mehr Grün für Altonas Plätze und Straßen“ beschlossen werden. Mit diesem Programm sollen Grüninseln im Siedlungsraum für Mensch und Natur geschaffen, zusätzliche Bäume gepflanzt und die Begrünung von vertikalen und horizontalen Flächen z.B. an Bus-Unterständen initiiert und vorangetrieben werden. Das Bezirksamt unterstützt Initiativen zur nachhaltigen regionalen Versorgung (z.B. Mischkultur-Modellprojekt, Permakultur, Transition-Town).
8. Das Bezirksamt berichtet dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz laufend zur Umsetzung.

Die Bezirksversammlung beschließt gemäß § 27 BezVG:

9. Wir fordern den Senat auf, ein Klimaschutzgesetz einzuführen, dessen Maßnahmen an den Verpflichtungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Klimaschutzgesetz soll erreichen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und das Ziel der Klimaneutralität Hamburgs spätestens bis zum Jahr 2035 erreicht werden kann.
10. Wir fordern die Behörde für Umwelt und Energie auf, über Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, umfassend zu informieren. Dazu gehört insbesondere die Vorstellung eines Plans, wie die Energieversorgung Hamburgs schnellstmöglich klimaneutral wird.
11. Wir fordern den Senat auf, in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb für Geoinformationen und Vermessung ein Online-Portal einzurichten, auf dem alle übergeordneten Klimaschutz-Projekte Hamburgs dargestellt werden. Die Emissionen klimawirksamer Gase der Stadt sollen jährlich überschlägig ermittelt und die eingesparten Emissionen grafisch dargestellt werden.

12. Wir fordern den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Bundesrepublik Deutschland die Ziele des Pariser Abkommens einhält, Steuervergünstigungen für fossile Energieträger schnellstmöglich reduziert, um den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger zu beschleunigen und die Entwicklung und Nutzung von erneuerbaren Energien durch Anreize und Förderung zu verstärken.
13. Klimaschutz gelingt gemeinsam. Wir fordern daher den Senat auf, die Klimakrise, die umgehendes Handeln erfordert, ebenfalls mittels einer Resolution in ihrer Bedeutung anzuerkennen. Der Senat übermittelt diese Aufforderung seinerseits als Empfehlung an die anderen Hamburger Bezirksversammlungen sowie an Städte und Gemeinden der Metropolregion Hamburg.

**Petition:**

Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz wird um Zustimmung und Weiterleitung an die Bezirksversammlung gebeten.

**Anlage/n:**

ohne



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksversammlung Altona

Drucksachen–Nr.: 21-0123.2

**Antrag öffentlich**

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz	14.10.2019

**Weltweiter Klimanotstand: Altona wird Klimaschutz-Bezirk  
Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Drucksache 21-0123.1**

Die Fraktion DIE LINKE schlägt vor, den Antrag der Fraktionen von GRÜNE und CDU, Drucksache 21-0123.1, wie in der Anlage dargestellt zu ergänzen.

**Petitum:**

Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz wird um Zustimmung und Weiterleitung an die Bezirksversammlung gebeten.

**Anlage/n:**

Ergänzungsvorschlag zur Drucksache 21-0123.1 (Ergänzungen in grün)



## Anlage 2

Auf der Erde besteht eine akute Gefahr einer katastrophalen Klimaerhitzung und damit eine Gefahr für das Leben der Menschen. Die bislang global und lokal geplanten Maßnahmen reichen nicht aus, um den Klimawandel auf möglichst nicht mehr als 1,5°C, höchstens jedoch 2°C Erderwärmung gegenüber 1990 zu begrenzen. Bei einer Überschreitung dieser Werte droht die Klimaerhitzung durch das Erreichen kritischer Kipppunkte zu einem sich selbst verstärkenden Prozess zu werden, in dessen Folge weite Teile der Erde für Menschen unbewohnbar zu werden drohen. Nationen, Städte, Kommunen, Gewerbe und Zivilgesellschaft müssen die Dramatik der Klima-Erhitzung anerkennen und das Menschenmögliche tun, um die Emission von klimawirksamen Gasen in kürzester Zeit erheblich zu reduzieren. Nur durch schnelles und wohlüberlegtes Handeln können wir die Gefahren abmildern. Mit der Anerkennung des globalen Klimanotstands wird die Dringlichkeit des gemeinsamen Handelns verdeutlicht. Wir müssen deshalb unverzüglich lokal handeln.

Es ist dringend erforderlich, jetzt auf allen Ebenen von Gesellschaft und Politik effiziente und konsequente Maßnahmen zu ergreifen, um die Klimakatastrophe noch aufzuhalten. Weltweit haben Kommunen wie Los Angeles, Vancouver, London und Basel sowie in Deutschland die Städte Konstanz, Erlangen, Kiel und Münster bereits den Klimanotstand ausgerufen und damit ein Signal gesetzt: Es ist Zeit zu handeln! Mit der Ausrufung des Klimanotstandes ist auch eine Verantwortung zu Handeln verbunden – in den kommenden Haushaltsberatungen sind die Bezirksversammlung und das Bezirksamt aufgefordert, schnelle und wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz zu ergreifen.

Der Bezirk Altona hat die Dringlichkeit erkannt und 2018 unter breiter Bürgerbeteiligung das Integrierte Klimaschutzkonzept Altona erarbeitet und am 08.01.2019 fertig gestellt. Mit zahlreichen Maßnahmen soll der Klimaschutz auf bezirklicher Ebene umgesetzt werden und übergeordnete wirksame Klimaschutzmaßnahmen eingefordert werden. Außerdem wird der Bezirk alles tun, um die Folgen der bereits unvermeidlich gewordenen Klimaerwärmung für die Menschen in Altona abzumildern. Schließlich sollen Gewerbe und Zivilgesellschaft vernetzt und motiviert werden, um sich mit eigenen Maßnahmen an der Umsetzung zu beteiligen.

Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt der Bezirksversammlung Altona:

### Resolution zur Klimakrise

Die Bezirksversammlung beschließt gemäß § 19 (2) BezVG:

1. Der Klimanotstand wird ausgerufen. Der Bezirk Altona stellt fest, dass wir in dieser globalen Klimakrise, das Menschenmögliche tun müssen, um die Emission von klimawirksamen Gasen (CO<sub>2</sub>, Methan, Lachgas) schnellstmöglich zu reduzieren. Der Bezirk Altona erkennt damit die Abmilderung des Klimawandels als Aufgabe höchster Priorität an. (Plus wir fordern für die ganze Stadt Klimanotstand (siehe Punkt 15).)
2. Altona wird Klimaschutz-Bezirk und ruft alle bezirklichen, gewerblichen und privaten Akteure auf, die Auswirkungen ihres Handelns auf das Klima zu überprüfen und unverzüglich wirksame Maßnahmen zur Reduzierung der Emission klimawirksamer Gase (CO<sub>2</sub>, Methan, Lachgas) zu ergreifen. Als

## Anlage 2

Sofortmaßnahme soll die Erstellung des Klimaschutzteilkonzepts Gewerbegebiet Schnackenburgallee/ Gewerbe noch dieses Jahr erstellt werden.

3. Der Bezirk verpflichtet sich, alle geplanten baulichen Maßnahmen des Bezirks zu überprüfen hinsichtlich ihrer Auswirkungen aufs Klima. Das Bezirksamt Altona und die Bezirksversammlung Altona bevorzugen Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken.

4. Im Rahmen der Beschaffung beachtet das Bezirksamt ökologische Kriterien, insbesondere die Auswirkungen auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz.

5. Das Bezirksamt stellt bei sämtlichen klimarelevanten Beschlussvorlagen die jeweilige Auswirkung dar. Dies gilt insbesondere bei der Aufstellung von Bebauungsplänen. Die Bezirksversammlung verpflichtet sich bei ihren Entscheidungen dem Klimaschutz höchste Priorität einzuräumen.

6. Das integrierte Klimaschutzkonzept des Bezirks bildet die Basis für die Arbeit auf bezirklicher Ebene. Alle Beteiligten wirken mit, um das Klimaschutzkonzept bekannt zu machen und weiter zu entwickeln. Kinder und Jugendliche sind zu beteiligen. Mit der Umsetzung des Maßnahmenkatalogs muss noch dieses Jahr konsequent und sofort begonnen werden. Das Bezirksamt Altona überprüft den Klimaschutzplan spätestens und wiederkehrend nach 2,5 Jahre und passt diesen in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz an.

7. Der Bezirk Altona unternimmt große Anstrengungen, um die grüne Lunge unseres Bezirks weiter zu entwickeln. Dazu gehört insbesondere:

a. Bestehende Kleingärten, öffentliche Grün- und Parkanlagen sind zu erhalten und möglichst auszubauen. Dach- und Fassadenbegrünungen sind als zusätzliche Klimaanpassung zu verstehen. Die Begrünung von grauen Blockinnenhöfen muss zeitnah gefördert werden.

b. Erhalt und Ausbau des Volksparks und der Feldmarken. Keine schleichende grünvernichtende Kommerzialisierung mehr (weder im Volkspark noch im Klövensteen noch anderswo).

c. Baumfällungen auf öffentlichem Grund nur bei eindeutiger Gefahr der Verkehrssicherheit und bei gleichwertigem zeit- und ortsnahe Bausersatz.

d. Das Verhältnis zwischen gefälltten und nachgepflanzten Bäumen auf öffentlichem und privatem Grund muss verpflichtend mindestens 1:1 betragen. Auch auf privatem Grund darf es dabei im Rahmen einer CO<sub>2</sub>- Bilanz zu keinem Grünvolumenverlust mehr kommen. Ersatzzahlungen sind dementsprechend adäquat einzusetzen.

## Anlage 2

e. Einführung einer Baumkaution (bzw. Ersatzpflanzungskautiön) zur besseren Kontrolle der Umsetzung von Ersatzpflanzungsauflagen auf privatem Grund.

f. Nutzung von Baulücken als möglichst ökologisch ausgerichtete „Westentaschenparks“.

Weiterhin soll im Ausschuss für Grün, Naturschutz und Sport ein Programm „Mehr Grün für Altonas Plätze und Straßen“ beschlossen werden. Mit diesem Programm sollen Grüninseln im Siedlungsraum für Mensch und Natur geschaffen, zusätzliche Bäume gepflanzt und die Begrünung von vertikalen und horizontalen Flächen z.B. an Bus-Unterständen initiiert und vorangetrieben werden. Das Bezirksamt unterstützt Initiativen zur nachhaltigen regionalen Versorgung (z.B. Mischkultur-Modellprojekt, Permakultur, Transition-Town).

8. Die Erstellung des Klimaschutzteilkonzeptes Integrierte Mobilität wird noch dieses Jahr initiiert.

9. Das Bezirksamt berichtet dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz laufend zur Umsetzung.

Die Bezirksversammlung beschließt gemäß § 27 BezVG:

10. Wir fordern den Senat sowie die beteiligten Fachbehörden auf, ein Klimaschutzgesetz einzuführen, dessen Maßnahmen an den Verpflichtungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz soll erreichen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und das Ziel der Klimaneutralität Hamburgs spätestens bis zum Jahr 2035 erreicht werden kann. **Insbesondere fordern wir den Senat auf**

- einen Plan vorzulegen, wie die Energieversorgung Hamburgs schnellstmöglich klimaneutral wird und
- über Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels auf Altona sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, umfassend zu informieren.

11. Wir fordern den Senat sowie die beteiligten Fachbehörden in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb für Geoinformationen und Vermessung ein Online-Portal einzurichten, auf dem alle übergeordneten Klimaschutz-Projekte Hamburgs dargestellt werden. Die Emissionen klimawirksamer Gase der Stadt sollen jährlich überschlägig ermittelt und die eingesparten Emissionen grafisch dargestellt werden.

12. Wir fordern den Senat sowie die beteiligten Fachbehörden auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,

## Anlage 2

- Steuervergünstigungen für fossile Energieträger schnellstmöglich zu streichen, um den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger zu beschleunigen,
- die Entwicklung und Nutzung von erneuerbaren Energien als **prioritäre Aufgabe** durch Anreize und Förderung **erheblich** zu verstärken.

13. Die Erstellung des Klimaschutzteilkonzeptes Integrierte Mobilität wird noch dieses Jahr initiiert. Weiterhin fordern wir die beteiligten Fachbehörden auf, die Stadtbahn als neues schienengebundenes öffentliches Verkehrsmittel zur Anbindung der Außenbezirke unter besonderer Beachtung der Klimaauswirkungen aufgrund einer zügigen Verkehrsverlagerung auf den ÖPNV, der Bauzeit sowie der Kosten zu prüfen und das Ergebnis der Prüfung dem Verkehrsausschuss und dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz in einer gemeinsamen Sitzung vorzustellen. Weiterhin fordern wir die Fachbehörden auf:

a. Kreuzfahrtschiffe und Containerschiffe dürfen nur Landstrom nutzen.

b. Landstrom wird nur aus erneuerbaren Energien gespeist.

14. Wir fordern den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Bundesrepublik Deutschland die Ziele des Pariser Abkommens einhält.

15. Klimaschutz gelingt gemeinsam. Wir fordern daher den Senat sowie die beteiligten Fachbehörden auf die Klimakrise mittels einer Resolution als Klimanotstand anzuerkennen. Der Senat übermittelt diese Aufforderung seinerseits als Empfehlung an die anderen Hamburger Bezirksversammlungen sowie an Städte und Gemeinden der Metropolregion Hamburg.



## Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Altona

Drucksachen–Nr.: 21-0259

### Antrag öffentlich

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung	26.09.2019
Öffentlich	Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz	14.10.2019

### **Altona wirksam zum Klimaschutz-Vorreiter machen – mit Vernunft und Entschlossenheit ortsbezogen handeln! Dringlicher Antrag der FDP-Fraktion (NEUFASSUNG)**

Der von Wissenschaftlern weltweit festgestellte menschengemachte Klimawandel erfordert entschlossenes Handeln aller am Umweltschutz beteiligten politischen Ebenen. Das kann nur gelingen, wenn globale Rahmenbedingungen bis in die Kommunen hinein umgesetzt werden. Auch der Bezirk Altona muss eigene lokale Klimaschutzstrategien entwickeln.

Die Verpflichtung zu handeln, ergibt sich bereits aus Vorgaben wie dem europäischen Unionsrecht, den deutschen Staatszielen und dem Grundgesetz.

Wirksam sind Klimaschutzmaßnahmen nur, wenn sie von denjenigen, die davon betroffen sind, angenommen werden. Deshalb ist es Aufgabe von Politik und Verwaltung, entsprechende Voraussetzungen zu schaffen, damit in der Bevölkerung eine positive Grundhaltung für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen entsteht.

Motivation erreicht man nicht durch Alarmismus oder Schüren von Ängsten, diese erzeugen das Gegenteil von Beteiligungsbereitschaft: Abwehrhaltungen, irrationales Verhalten und Unlust. Genauso wenig kann man das Mitwirken der Altonaer Bevölkerung durch das Drängen auf Verzicht, mit sozial fragwürdigen Verteuerungen oder Verboten erreichen.

Politik und Verwaltung im Bezirk müssen vielmehr Anreize schaffen, die klimafreundliches Verhalten für Bürgerinnen und Bürgern attraktiv machen. Unerlässlich für den Erfolg ist, dass jede Maßnahme transparent, rational und nachvollziehbar ist.

### **Auf Antrag der FDP-Fraktion Altona beschließt die Bezirksversammlung Altona gemäß § 19 Abs. 2 BezVG:**

**Das Bezirksamt Altona wird den Bezirk zum Hamburger Vorreiter für Klimaschutz machen. Ziel ist es, die Emissionen klimaschädlicher Gase wie Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), Methan (CH<sub>4</sub>), Lachgas (Distickstoffmonoxid, N<sub>2</sub>O) und Fluor-Kohlenwasserstoffe (FKW) im Bezirk zu reduzieren.**

**Das Bezirksamt Altona verpflichtet sich,**

## Anlage 2

1. die Ziele des Hamburger Klimaplanes und des Altonaer Integrierten Klimaschutzkonzeptes sowie die nationalen, europäischen und weltweiten Klimaschutzziele konsequent umzusetzen.
2. alle bezirklichen, gewerblichen und privaten Akteure besser zu vernetzen mit dem Ziel, dass diese eigenständig Klimaschutzmaßnahmen ergreifen und sich mit den anderen Hamburger Bezirksverwaltungen zwecks gemeinsamer Aktionen im Klimaschutz koordinieren.
3. dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz (KUV) vierteljährlich über den Stand der Klimaschutzmaßnahmen sowie über die Arbeit der Klimaschutzleitstelle zu berichten.

Das Bezirksamt Altona erarbeitet darüber hinaus einen 5-Punkte-Sofortplan. Hierfür werden die erforderlichen Mittel aus Politikmitteln zur Verfügung gestellt:

1. Auflage einer Öffentlichkeitskampagne, die Anregungen für klimaneutrales Handeln im Alltag unterstützt.
2. Ausarbeitung eines Aktionsplanes für konsequentere klimafreundliche Anpassungen mittels Bau- und Planungsrecht, um zum Beispiel verdichtete und versiegelte Flächen weitgehend zu vermeiden und Frischluftschneisen zu schaffen.
3. Umfassende Klimaoffensive im bezirklichen Verkehr. Dazu gehören eine bessere Vernetzung zwischen Wohnquartieren und Nahversorgung durch kleinteiligeren ÖPNV, mehr erreichbare Ladestationen für E-Autos oder attraktive Park&Ride-Angebote für Pendler.
4. Überprüfung des öffentlichen Raums mit dem Ziel, seine Auswirkung auf klimafreundliches Verhalten der Nutzer zu verbessern. Es bedarf dazu geeigneter attraktiver Lebensräume sowie des Managements und der Umverteilung von Flächen zugunsten von Klimaschutz.
5. Das Bezirksamt wird seiner Vorbildfunktion gerecht und verringert seinen ökologischen Fußabdruck. Es implementiert in allen Bereichen und Aufgabenfeldern effektive und unbürokratische Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels gemäß des Regelwerks PAS 2060, um den höchsten Standard bei Klimaneutralität zu erlangen.

### Petition:

Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.

### Anlage/n:

ohne



# Freie und Hansestadt Hamburg

## Bezirksversammlung Altona

Drucksachen–Nr.: 21-0263

### Antrag öffentlich

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung	26.09.2019
Öffentlich	Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz	14.10.2019

### **Klimastreik unterstützen – Klimaschutzprogramm der Bundesregierung deutlich nachbessern** **Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE**

Am 20.09.2019 demonstrierten rund 100.000 Menschen beim Klimastreik von „Fridays for Future“ in der Hamburger Innenstadt für mehr Klimaschutz und eine grundsätzliche Wende in der Klimapolitik. Ebenfalls am 20.09.2019 stellte die CDU/CSU-SPD Bundesregierung ihr Klimaschutzprogramm der Öffentlichkeit vor. Das Klimapaket der Bundesregierung wird von Umweltverbänden und Klimawissenschaftlern sowie von weiten Teilen der Bevölkerung zu Recht als völlig unzureichend eingeschätzt. Es verpasst die Chance, eine echte Klimawende in Deutschland einzuleiten. Die Bundesregierung sollte für Altona und Hamburg einen effizienten Rahmen der bezirklichen und städtischen Klimaschutzmaßnahmen anbieten.

#### **Vor diesem Hintergrund erklärt die Bezirksversammlung Altona:**

1. Die Bezirksversammlung Altona solidarisiert sich mit den Demonstrierenden des Klimastreiks am 20. September 2019. Sie unterstützt die Forderungen nach einer echten Wende in der Klimapolitik.
2. Die Bezirksversammlung Altona erklärt, dass der mit dem Klimaschutzprogramm der CDU/CSU-SPD Bundesregierung gesetzte Maßnahmenkatalog nicht ausreicht, um in Altona, in Hamburg und in ganz Deutschland die dringend notwendige echte Klimawende einzuleiten. Die Bezirksversammlung Altona fordert die Bundesregierung auf, das Klimaschutzprogramm deutlich nachzubessern.

#### **Petition:**

Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.

#### **Anlage/n:**

ohne